

## D-2 Paris 2015 – Marrakech 2016: Der Schutz unseres Klimas beginnt in Rheinland-Pfalz

Antragsteller\*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Manfred Seibel (KV Südwestpfalz), Dietmar Rieth (KV Südwestpfalz), Jutta Paulus (KV Neustadt a.d.W.), Bernd Schumacher (KV Südwestpfalz), Dr. Natalie Wendisch (KV Ahrweiler), Ronald Maltha (KV Mayen-Koblenz), Uwe Diederichs-Seidel (KV Koblenz), Klaus Puchstein (KV Ahrweiler), Ulrich Bock (KV Mayen-Koblenz), Hans-Jürgen Lutz (KV Südliche Weinstraße), Jochen Marwede (KV Kaiserslautern-Land), Rupertina Engel (KV Mayen-Koblenz), Patrick Zwiernik (KV Koblenz), Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich), Susanne Schröer (KV Landau), Ingrid Bäumlner (KV Mayen-Koblenz), Leo Neydek (KV Rhein-Lahn), Stephanie Burkhardt (KV Donnersbergkreis), Antje Eichler (KV Trier), Peter Kühbach (KV Vulkaneifel), Uller Koenig (KV Vulkaneifel), Andreas Bohlender (KV Koblenz), Wolfgang Hertel (KV Trier-Saarburg), Ingrid Lambertus (KV Mainz), Raik Dreher (KV Ludwigshafen), Ute Wellstein (KV Mainz), Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße)

Tagesordnungspunkt: 6. Klimaschutz nach Marrakesch

### 1 Hintergrund:

2 Aktuell ist der arktische Ozean ungewöhnlich warm, die Lufttemperaturen liegen  
3 20°C über dem üblichen Niveau. Es gibt so wenig Polareis wie noch in keinem  
4 November seit Beginn der Satellitenaufzeichnungen. Seit 1979 hat die Dicke  
5 mehrjährige Eis um 90% abgenommen. Das Schmelzen großer Eisflächen im Norden  
6 verstärkt durch mangelnde Reflexion den Klimawandel. Eine globale Erwärmung von  
7 zwei Grad gilt als Schwelle, bei deren Überschreiten die Folgen des Klimawandels  
8 wie Gletscherschmelzen, Dürren oder Überschwemmungen verheerend wären. Die  
9 Gefahr, dass erste – nicht mehr rückgängige zu machende – „Kipp-Punkte“<sup>1</sup>  
10 überschritten werden, wächst mittlerweile wöchentlich. Der weitere ungebremste  
11 Ausstoß von Treibhausgasen wird diese Trends weiter verstärken und uns alle  
12 teuer zu stehen kommen. Doch noch stärker als uns trifft es diejenigen, die am  
13 wenigsten Schuld an der Veränderung des Weltklimas tragen: die ärmsten Länder  
14 unserer Erde. Das UNHCR rechnet damit, dass 200 Millionen Menschen fliehen  
15 müssen, weil sie durch den steigenden Meeresspiegel und die Ausbreitung von  
16 Wüsten ihre Heimat oder zumindest ihre Ernährungsgrundlage verlieren. Ein  
17 anderes Extrem ist Wassermangel – darunter werden in Afrika bis zum Jahr 2020  
18 voraussichtlich 250 Millionen Menschen leiden.<sup>2</sup>

19 Im Dezember 2015 haben sich 195 Länder in Paris zum ersten Mal auf ein  
20 gemeinsames rechtlich verbindliches Klimaabkommen geeinigt. Etwa ein Jahr später  
21 fand im marokkanischen Marrakech vom 7. bis 18. November 2016 die nächste UN-  
22 Klimakonferenz (UNFCCC, COP 22) statt. Im Pariser Klimaabkommen wurde  
23 vereinbart, "den globalen Temperaturanstieg deutlich unter zwei Grad im  
24 Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu halten und die Anstrengungen zu  
25 verfolgen, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad im Vergleich zur vorindustriellen  
26 Zeit zu begrenzen"<sup>3</sup>. Auch die globalen Treibhausgasemissionen sollen so schnell  
27 wie möglich den Punkt erreichen, an dem sie nicht weiter ansteigen, im Anschluss  
28 sollen sie zügig reduziert werden. Darüber hinaus kamen die Länder überein, dass  
29 die Industriestaaten in Zukunft arme Staaten beim Klimaschutz und der Anpassung  
30 an die Erderwärmung unterstützen werden. Außerdem versprochen die

31 Industrieländer in einer begleitenden Entscheidung, im Zeitraum zwischen 2020  
32 und 2025 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für arme Länder bereit zustellen,  
33 damit diese eine entschlossene Klimaschutzpolitik betreiben und die schädlichen  
34 Folgen des Klimawandels abmildern können.

35 In Marokko sollte diskutiert werden, wie die Ziele des Pariser Abkommens  
36 erreicht werden können und ob Anpassungen des Klimavertrages sinnvoll sind. Die  
37 Finanzierung des Klimaschutzes war ebenso Thema; dabei wurde unter anderem über  
38 die Unterstützung von Entwicklungsländern gesprochen. Von den 195 Staaten, die  
39 sich im vergangenen Dezember in Paris auf den Weltklimavertrag<sup>4</sup> einigten, haben  
40 ihn bisher 113 (Stand: 25.11.2016) ratifiziert. Diese Länder haben sich  
41 verpflichtet, die Ziele des Vertrags umzusetzen. Unter ihnen befinden sich die  
42 Europäische Union, Deutschland, die USA, China und Indien. Leider haben bisher  
43 nur drei dieser Länder auch einen Klimaschutzplan vorgelegt (Deutschland, USA,  
44 Mexiko) und drei weitere haben einen angekündigt. Aber, auch das ist  
45 bemerkenswert, 47 Entwicklungsländer, die sich in der „Gruppe der Verwundbaren“  
46 zusammengefunden haben, haben den vollständigen Ausstieg aus Öl, Gas und Kohle  
47 beschlossen („Climate Vulnerable Forum“, CVF)<sup>5</sup>.

48 Die Vertragsstaaten verpflichten sich, alle fünf Jahre ihre geplanten nationalen  
49 Klimaschutzbeiträge bekannt zu geben. 92 Länder bzw. Länderorganisationen haben  
50 das bisher getan. Beispielsweise haben die USA erklärt, bis 2025 ihre  
51 Treibhausgasemissionen auf 26 bis 28 Prozent unter dem Level von 2005 zu  
52 reduzieren. Allerdings hat der designierte Präsident – ein Klimawandelleugner –  
53 mittlerweile in ersten Erklärungen deutlich geäußert, alle Verträge bzgl.  
54 Klimaschutz prüfen zu wollen, ob sie der US-Wirtschaft und –Industrie schaden.<sup>6</sup>  
55 Zudem will er die Klimaforschung der NASA einstellen lassen. Die Europäische  
56 Union hat sich verpflichtet, bis 2030 die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent  
57 gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Der nach Paris halbwegs ambitionierte  
58 Plan der Bundesumweltministerin Hendrix zur Umsetzung durch die Bundesregierung  
59 wurde vor Marrakech in lockerer Reihenfolge, u.a. maßgeblich durch den  
60 Wirtschaftsminister Gabriel bis zur Unkenntlichkeit (kein Datum für den  
61 Braunkohleausstieg!) zusammen gestrichen. Greenpeace-Energieexperte Tobias  
62 Austrup: „Kein Kohleausstieg, keine Klimaziele für die verschiedenen  
63 Wirtschaftsfelder, keine ökologische Steuerreform: Mit diesem Lückentext  
64 verhöhnt Deutschland den Geist der Pariser Klimakonferenz.“<sup>7</sup> Barbara Hendricks  
65 wies bereits im Oktober darauf hin, dass: „... wir das 40-Prozent-Minderungsziel  
66 bis 2020 wahrscheinlich nicht ganz schaffen werden, wenn wir nicht zusätzliche  
67 Maßnahmen ergreifen.“<sup>8</sup> DAS war vor den letzten Verschlechterungen der deutschen  
68 Regierungsbeschlüsse ...

69 Bisher haben insgesamt 186 Vertragsparteien, die im Jahr 2010 einen Anteil von  
70 90 Prozent an den globalen Treibhausgasemissionen hatten, »ihre beabsichtigten  
71 nationalen Beiträge eingereicht«. Nach UN-Berechnungen reichen die darin  
72 genannten Maßnahmen allerdings nicht für eine Begrenzung des Temperaturanstiegs  
73 auf zwei Grad. Im Vertrag ist vorgesehen, dass die selbstgesteckten Ziele ab  
74 2023 im Abstand von fünf Jahren geprüft und verschärft werden.

## 75 Aktueller Stand der Bundesregierung

76 Statt alle Anstrengungen zu unternehmen, den Klimawandel zu begrenzen, arbeitet  
77 die aktuelle Bundesregierung genau in die entgegengesetzte Richtung:

- 78 • Die Stromwende wird abgewürgt und die EEG-Umlage steigt dennoch ...
- 79 • Die Verkehrswende erschöpft sich in völlig unrealistischen Planspielen  
80 bezüglich Zulassungszahlen von E-Autos. Nichts über Verkehrswende,  
81 Verkehrsvermeidung, Ausbau ÖPNV, schon gar nicht zu erforderlichen  
82 steuerlichen Gleichstellung des Flugverkehrs. Vielmehr wird mit jährlich  
83 bis zu 50 Milliarden Euro klima- und umweltschädliches Verhalten in  
84 Deutschland durch Steuernachlässe oder direkte Subventionen "belohnt".
- 85 • Eine Wärmewende gibt es nicht einmal in der Planung geschweige denn in  
86 einer heute schon dringend nötigen Umsetzung
- 87 • Hinzu kommt eine neoliberale EU-Kommission mit Vorgaben (sog.  
88 Beihilferecht)<sup>9</sup>, die zusätzlich einen kompletten Umbau (De-Carbonisierung)  
89 erschwert bzw. verhindert. So soll im derzeit diskutierten „Winterpaket“  
90 der Einspeisevorrang der Erneuerbaren abgeschafft werden.

## 91 Grüne Positionen

92 Wir Grüne haben auf unserer BDK in Münster gezeigt, wie wir uns Klimaschutz  
93 vorstellen: Die Ziele „Kohleausstieg bis 2025“ und „Produktionsverbot für  
94 Verbrennungsmotoren (außer aus erneuerbaren Energien) ab 2030“<sup>10</sup> setzen Marken,  
95 die für das Industrieland Deutschland ambitioniert, aber machbar sind. Sie sind  
96 unumgänglich, sollen die nötigen Schritte zur massiven Treibhausgasverringerung  
97 auch nur halbwegs erreicht werden. Wie es auf der BDK richtig auf den Punkt  
98 gebracht wurde: „Bis 2050 muss Deutschland auf das CO<sub>2</sub>-Ausstoß-Niveau von  
99 Bangladesch herunter kommen, nicht umgekehrt!“

100 Wurden in Münster mit den beiden Beschlüssen schon in der Zielvorgabe die  
101 nötigen Zeichen gesetzt, so ist auch der hier gezeigte Ansatz zu einem  
102 „Querdenken“ der Disziplinen beim Klimaschutz unabdingbar. Wir brauchen für  
103 Europa, für Deutschland, aber auch und gerade für Rheinland-Pfalz endlich einen  
104 Masterplan, der alle Sektoren der Treibhausgas-Einsparung zusammenführt,  
105 schädliche Nebenwirkungen der einen Einsparung auf andere Effekte berücksichtigt  
106 und vermeidet und so Optimierungen schafft. Neben Energieerzeugung und -  
107 einsparung sowie Verkehr müssen Landwirtschaft, Ernährung, Gebäudeeffizienz bei  
108 Neubau und Altbeständen „quer“ gedacht und vernetzt werden. Aber auch die  
109 scheinbar klimaferne Bereiche Bildung und Medienpolitik dabei mit den  
110 Umsetzungen zusammengeführt werden.

111 Bioenergie ist für den Verkehr nur soweit vertretbar, wie sie z.B. keinen  
112 Neuumbau von Weideland oder stillgelegten Flächen verursacht. Klimaemissions-  
113 Ersparnis im Verkehr heißt nicht nur „Umstieg auf Elektrofahrzeuge“, sondern  
114 Ausbau des Radverkehrs, Stärkung des ÖPNV, Verringerung von Verkehrsflächen,  
115 Ersparnis von Verkehrswegen und mehr. Wir brauchen nicht nur neue Autos, wir  
116 brauchen eine neue, genauer formuliert: eine neu definierte Mobilität!

## 117 Klimaschutz in Rheinland-Pfalz

118 Aber auch in Rheinland-Pfalz muss sehr viel mehr geschehen, die Anstrengungen  
119 müssen erheblich verstärkt werden, wollen wir die ambitionierten, aber  
120 unumgänglichen Ziele erreichen. Das von uns eingebrachte und verabschiedete  
121 Landes-Klimaschutzgesetz sieht das Erreichen der Klimaneutralität bis 2050 vor.  
122 Als einziges Landes-Klimaschutzgesetz haben wir GRÜNE das verankern können, was  
123 heute der gesamte Planet anstrebt. Darauf können wir – wenn auch nur für einen  
124 kurzen Moment – stolz sein.

125 Wir haben mit Beteiligung von vielen ein integriertes Klimaschutzkonzept auf den  
126 Weg gebracht, und streben an, die Stromwende bis 2030 hinzubekommen, auch wenn  
127 der Koalitionsvertrag und die derzeitige Bundesregierung dies nicht gerade  
128 erleichtert.

129 Deshalb muss jetzt die engagierte Umsetzung des Klimaschutzkonzepts beginnen,  
130 und dafür müssen auch zusätzliche finanzielle Ressourcen im Landeshaushalt zur  
131 Verfügung gestellt werden. Wir wollen deshalb mit einem neuen Treibhausgas-  
132 Minderungsprogramm in allen Sektoren (Strom, Wärme, Verkehr) Anreize schaffen.

133 Wir wollen auch den Kommunen zu mehr Entscheidungsspielraum verhelfen, indem wir  
134 in der Kommunalverfassung klarstellen, dass Klimaschutz als gesamtstaatliche  
135 Aufgabe auch die kommunale Ebene mit einbezieht.

136 Wir brauchen einen Gesamtplan, der neben der Vielzahl von Einzelmaßnahmen den  
137 Kurs zur Zielerreichung aufzeigt: Ein klimaneutrales Rheinland-Pfalz!

138 Zu der Erarbeitung laden wir alle, auch und gerade die CDU ein, sich zu  
139 beteiligen. Der Landes-Klimaschutzbeirat muss jetzt aktiviert werden und seine  
140 Arbeit transparent aufnehmen. Die Energieagentur ist gefordert, insbesondere die  
141 Kommunen zu unterstützen und die dort vielfach vorhandenen Klimaschutz- und  
142 Energiekonzepte mit auf den Weg zu bringen. Eine Schwerpunktaufgabe muss daneben  
143 sein, aus der Vielzahl von Fördertöpfen einen möglichst großen Anteil nach RLP  
144 zu holen.

145 Zur Umsetzung der Klimaschutzziele in Rheinland-Pfalz beschließt die LDV von  
146 Bündnis 90/Die Grünen:

- 147 • Die Datenlage muss schnell und umfassend erheblich verbessert werden -  
148 insbesondere bei der Aktualität ist noch „Luft nach oben“. Klimaschutz  
149 funktioniert am besten mit aktuellen Zahlen!
- 150 • Wir fordern die Landesregierung auf, alles dafür zu tun, dass der  
151 Weltklimavertrag von Paris und unsere Selbstverpflichtungen  
152 schnellstmöglich Realität werden.
- 153 • Wir treten mit allen Kräften dafür ein, dass schnellstmöglich der  
154 Verbrauch von Umwelt und die Belastung des Klimas endlich den Preis  
155 bekommen, der ihrer Schadenswirkung entspricht.
- 156 • Wir fordern erste, schnell und problemlos umsetzbare Schritte anzugehen,  
157 die sofortige Erfolge zeigen, z.B. die Einführung einer landesweiten ÖPNV-

- 158 Karte für Schüler\*innen, Auszubildende, Student\*innen, Rentner\*innen,  
159 Pensionär\*innen gegen eine vernünftige, bezahlbare Selbstbeteiligung.
- 160 • Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz, insbesondere die GRÜN-geführten  
161 Ministerien, starten ein Beschaffungsprogramm für Dienstfahrzeuge für die  
162 Ministerien und insbesondere für die nachgeordneten Behörden im Rahmen  
163 bereits bestehender Rahmenvereinbarungen mit geeigneten E-Mobil  
164 Herstellern. Die Ladeinfrastruktur muss ggf. direkt bei den Umweltbehörden  
165 geschaffen und nach Eigenbedarfsdeckung auch der Öffentlichkeit zugänglich  
166 sein.
  - 167 • Weiterhin ist eine Initiative der Landesregierung zum Ausbau und zur  
168 Vereinheitlichung der Standards bei E-Car-Ladung und vor allem bei den  
169 Bezahlssystemen dringendst erforderlich.

## 170 Fazit

171 Klimaschutz beginnt in den eignen „Vier Wänden“. Wir Grüne sagen klipp klar –  
172 ohne jemanden bevormunden zu wollen – dass wir Deutsche unsere Art zu leben  
173 umstellen müssen, wollen wir die notwendigen Klimaziele erreichen. Das muss  
174 nicht mit einer Verringerung der Lebensqualität verbunden sein, im Gegenteil  
175 wird diese bei einer konsequenten Umsetzung eher steigen. Wollen wir jedoch  
176 unseren Kindern und Enkeln eine Erde hinterlassen, die noch genauso lebenswert  
177 ist wie heute – oder lebenswerter – so müssen wir HEUTE mit den erforderlichen  
178 Umstellungen anfangen. Der Kohleausstieg z.B. wird uns Steuerzahler\*innen dabei  
179 eine Menge Geld kosten, aber das ist gut investiert. Andernfalls zahlen unsere  
180 Kinder und Enkel noch wesentlich höhere Summen für die Schäden, die wir heute  
181 verursachen.

182 [1](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/3283-.pdf)  
183 [.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/3283-.pdf)

184 [2](https://www.gruene-bundestag.de/themen/klimaschutz/gruene-klimapolitik-im-bundestag-08-12-2014.html)  
185 [bundestag-08-12-2014.html](https://www.gruene-bundestag.de/themen/klimaschutz/gruene-klimapolitik-im-bundestag-08-12-2014.html)

186 [3](http://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/l09r01.pdf) »Pariser Abkommen«, S. 2:  
187 <http://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/l09r01.pdf>

188 [4](http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/216161/klimagipfel)  
<http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/216161/klimagipfel>

189 [5](http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-11/erneuerbare-energien-klimawandel-kohleausstieg-klimakonferenz-marrakesch) S.a. [http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-11/erneuerbare-energien-klimawandel-](http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-11/erneuerbare-energien-klimawandel-kohleausstieg-klimakonferenz-marrakesch)  
190 [kohleausstieg-klimakonferenz-marrakesch](http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-11/erneuerbare-energien-klimawandel-kohleausstieg-klimakonferenz-marrakesch)

191 [6](http://www.tagesspiegel.de/politik/klimawandel-klimapolitik-ohne-trump/14842252.html) Siehe z.B. : [http://www.tagesspiegel.de/politik/klimawandel-klimapolitik-ohne-](http://www.tagesspiegel.de/politik/klimawandel-klimapolitik-ohne-trump/14842252.html)  
192 [trump/14842252.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/klimawandel-klimapolitik-ohne-trump/14842252.html)

193 [7](https://www.greenpeace-magazin.de/nachrichtenarchiv/wieder-wurde-hendricks-klimaplan-gekuerzt-was-ist-davon-noch-uebrig) [https://www.greenpeace-magazin.de/nachrichtenarchiv/wieder-wurde-hendricks-](https://www.greenpeace-magazin.de/nachrichtenarchiv/wieder-wurde-hendricks-klimaplan-gekuerzt-was-ist-davon-noch-uebrig)  
194 [klimaplan-gekuerzt-was-ist-davon-noch-uebrig](https://www.greenpeace-magazin.de/nachrichtenarchiv/wieder-wurde-hendricks-klimaplan-gekuerzt-was-ist-davon-noch-uebrig)

195 [8](http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/22297-hendricks-dass-wir-es-nicht-schaffen-steht-nicht-fest) [http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/22297-hendricks-dass-wir-es-](http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/22297-hendricks-dass-wir-es-nicht-schaffen-steht-nicht-fest)  
196 [nicht-schaffen-steht-nicht-fest](http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/22297-hendricks-dass-wir-es-nicht-schaffen-steht-nicht-fest)

197 [9](#) Die Europäische Kommission schreibt den Mitgliedstaaten seit Juli 2014 mittels  
198 der Leitlinien für Umweltbeihilfen für neue Ökostromförderungen spezielle  
199 Förderregime vor und will so eine Harmonisierung erreichen. Anstatt des

200 bewährten Einspeisetarif-Modells sollen zukünftig nur mehr Ausschreibesysteme  
201 zugelassen werden, welche sich jedoch nachweislich in den letzten 15 Jahren  
202 nirgends bewährt haben. Damit greift die Kommission in EU-Primärrecht und  
203 geltende EU-Richtlinien ein. „EREF ist der Meinung, dass die Kommission mit  
204 diesen Leitlinien ihre Kompetenzen überschritten hat, und gleich gegen mehrere  
205 Teile des EU-Rechts verstößt“, erklärt Dörte Fouquet, Direktorin von EREF  
206 (Europäischer Dachverband der Ökoenergieerzeuger).

207 [10 https://www.gruene.de/themen/klima-schuetzen/kohleausstieg-und-saubere-](https://www.gruene.de/themen/klima-schuetzen/kohleausstieg-und-saubere-autos.html)  
208 [autos.html](https://www.gruene.de/themen/klima-schuetzen/kohleausstieg-und-saubere-autos.html)

209 In Norwegen hat die Regierung den Entwurf für einen Verkehrsplan vorgestellt,  
210 nach dem ab dem Jahr 2025 nur abgasfreie Fahrzeuge verkauft werden sollen .

## Begründung

Erfolgt mündlich

### Begründung der Dringlichkeit:

Der Antragsschluss lag vor der Konferenz von Marrakech und deren Ergebnissen. Zudem haben die Wahl des neuen US-Präsidenten Trump die internationale Klimapolitik und die BDK-Beschlüsse von Münster die parteiinterne Klimapolitik massiv beeinflusst, beides ebenfalls nach Antragsschluss. Auf die aktuellen Ereignisse mit massiven Auswirkungen auf die – auch rheinland-pfälzische – Klimapolitik ist daher zeitnah einzugehen.